

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM, im Voraus, bei Zahlung durch die Post 2,30 RM. Bei Postbestellung gebührenfrei. Einrückungen in den Anzeigen werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. Uhr. Durch Fernschreiber übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenspruch reicht, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß über der Aufsicht des Reichsanwalts in Dresden gestellt. Anzeigen werden alle Diensttage frühzeitig entgegengenommen. — Rücksendung eingehender Schreibstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.



Angelagerter: Die 5. Spalte der Raumzelle 20 Spfg., die 6. Spalte der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 7. Spalte der Reklamspalte in der 1. Spalte 1 Reichsmark. Nachdruckgebühr 20 Reichsmark. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 24 — 90. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postkod: Dresden 2040      Donnerstag, den 29. Januar 1931

## Säbelregiment.

Wenn auch der polnische Diktator Pilsudski auf seiner Reise nach dem Süden irgendwo seinen Säbel hat stehen lassen, so führt trotzdem sein Vertreter dahem, der Ministerpräsident Stawel, ein kaum noch verheißenes Säbelregiment. Die Wahlen hatten ihm so eine willige Mehrheit im Sejm gebracht, die mit ihm durch die Opposition einig war, die Opposition einfach an die Wand quersich. Vergänglich waren von dort her alle nur denkbaren Anstrengungen gemacht worden, um eine offizielle Untersuchung der Vorgänge herbeizuführen, die sich an das ominöse Wort „West-Itow“ knüpfen. Als die Festnahme von Abgeordneten der Opposition des letzten Sejms, die Behandlung der Gefangenen in der Festung selbst, die Verhinderung ihrer Kandidaturen usw. — fast eine überaus lange Reihe von Beschwerden, die sicherlich durchaus nicht so unberechtigt sind, wie die Regierung und ihre Mehrheit es jetzt hinführen wollen. Denn wären sie dies, so brauchte man eine Untersuchung so nicht zu scheuen! Aber immer, wenn in den Ausschüssen des Sejms von der Opposition die Sprache auf diese Dinge gebracht wurde, ist ihr sehr schnell durch Beschlüsse der Majorität die Rede auf Drängen der Regierung der Mund geklopft worden. Das hat sich denn abschließend auch in der Plenarsitzung des Sejms wiederholt und dort sätelte man auch gleich noch den zweiten Versuch der Opposition nieder, die Vorgänge in „Polizisten“, die in die wunderliche Bezeichnung einer „Vazierung“ also die wundertätige Bezeichnung waren, gleichfalls zum Gegenstand der Debatte bzw. einer Untersuchung zu machen. Der Ministerpräsident Stawel besorgte das persönlich. Er erzählte wahrer Schauererzählungen von den hochbeträchtlichen Vätern der Opposition, die am 14. September angeblich den Marsch auf Warschau hätten antreten sollen. Er verlangte außerdem, man solle den Gerüchten über West-Itow nicht glauben. Aber das ist wohl ein wenig viel verlangt! Fast ebensoviel, als wenn man glauben sollte, daß die Opposition mit Waffen gegen Pilsudski und sein Regime hätte losziehen wollen. Nicht ganz so einfach aber wird man im Polnischen Sejm es damit haben, auch die Verfolgung der Ukrainer in Ostgalizien „unmöglich“ zu machen; denn damit wird sich eine andere Verammlung beschäftigen, für die Pilsudski Säbel keine Trohne bedeutet, nämlich der Senfer Völkerverbund.

Sehr zart sind übrigens auch die Engländer mit ihren indischen Oppositionellen bisher nicht umgesprungen und es sollen von diesen so allmählich nicht weniger als 60 000 den Marsch ins Gefängnis haben antreten müssen. Monatlang hat man inzwischen in London auf der Konferenz am „Aunden Tisch“ versucht, den indischen Forderungen nach größerer Freiheit gerecht zu werden, aber was dabei herausgekommen ist, blieb Stückwerk, das freilich noch im Herbst vervollständigt werden soll. Das Streben Indiens, und zwar der gemäßigten Kreise, nach der Stellung eines englischen Dominions ist nicht erfüllt worden, sondern es kam nur eine Art Mittler eines solchen und einer Kronkolonie dabei heraus. Ferner will man eine Art Bundesstaat aus Indien machen. Auch die Rechte der Volksvertretungen sollen gestärkt werden, — aber auf der anderen Seite erhält die Stellung des Königs schon dadurch eine gewisse Machtvermehrung dem „Bundesstaat“ Indien selbst gegenüber, weil seine bisher unbedingte Abhängigkeit von der Londoner Regierung gelockert und das dortige Staatssekretariat für Indien vielmehr sogar befristet werden soll. Vorläufig aber will man überhaupt noch nicht, wie weit die Beschlüsse der Londoner Konferenz nun in diesem Volk von 300 Millionen auch tatsächlich aufgenommen und gebilligt werden. Nicht die Nationalisten, nicht die Massen um Gandhi und den Allindischen Kongress waren es, die der Einladung Macdonalds nach London Folge leisteten, sondern gemäßigtere Kreise, die von einer Abtrennung Indiens von dem Englischen Weltreich nicht wissen wollen. Gewiß hat England die Ägel seiner Herrschaft in Indien gelockert, aber — diese Ägel bleiben eben und werden von einer großen Bewegung nicht mehr gelockert. Haben doch die indischen Teilnehmer an der Konferenz zusammen mit den Engländern am „Aunden Tisch“ gesehen, wo es kein Oben und kein Unten gab, sondern man gleichberechtigt war. England hat nachgegeben, hat die Zehntausende gefangen gesetzter Nationalisten, an ihrer Spitze Gandhi, wieder freigegeben. Ob freilich diese Nachgiebigkeit auch zu einer Beruhigung und allmählichen politischen Konsolidierung führen wird, das wissen weder die Sachverständigen Londons noch die in Indien selbst. Denn nicht einmal der Gegensatz religiöser Art zwischen den Hindus und den Mohammedanern konnte wirklich haltbar überbrückt werden und bisher war dieses Gegeneinander mit die stärkste Stütze der englischen Herrschaft.

## Curtius über Genf.

Einmütige Billigung des Reichstages. Amtlich wird mitgeteilt: Unter Vorsitz des Reichslanzlers nahm das Reichstagsabgeordnete Schumann (Thüringen (Komm.) ein: Reihe von Anträgen, die die Aufhebung der Immunität einzelner Abgeordneter wegen Verletzung zum Ziele haben. Es sollten eigentlich Vorschläge zur Änderung der Geschäftsordnung behandelt werden, die Beratung darüber wurde jedoch vertagt, um den Fraktionen der Mitte und den Sozialdemokraten Gelegenheit zu geben, Schwierigkeiten untereinander auszuräumen. Es kam zu einer eingehenden Aussprache über die Immunität überhaupt. Der nationalsozialistische Abgeordnete Söhr verlangte, daß die Immunität nur bei eigenmächtigen Verbrechen und überhaupt nicht bei politischen Verletzungen aufgehoben werden solle. Der Abgeordnete Hellmann erwiderte, der Geschäftsordnungsausschuß habe seine Praxis in der Behandlung der Immunitätsaufhebung schon geändert. Abgeordneter

## Dem Bauern Gerechtigkeit, dem Volke Brot

### Der Reichsbestellungsplan.

Landwirtschaftspolitik ist Ernährungspolitik. Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann die Beratung des Haushalts des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Reichsernährungsminister Schiele leitete die Verhandlungen mit einer ausführlichen Rede ein. Er stellte zunächst als das Ergebnis der Agrarpolitik der letzten Jahre fest, daß auf den wichtigsten Gebieten die Anbahnung einer dauerhaften Ordnung der Erzeugung und Absatzverhältnisse deutlich erkennbar sei, wenn es auch die unerhörte Aufzucht der allgemeinen Krisenzustände im In- und Ausland nicht gelindert hätte, dem wachsenden Substanzverzicht der Landwirtschaft radikal Einhalt zu gebieten.

Die bisherige Getreidebaupolitik müsse fortgesetzt und durch eine stärkere Fürsorge für den Seguminosenbau ergänzt werden. Für den Kartoffelbau sei die Fortführung der Fördern und die Erhöhung des Brennwertes zu fordern. Der Minister machte dann Mitteilung über den in Ausarbeitung befindlichen

#### Reichsbestellungsplan.

Der Gesamtplan müsse von einer notwendigen Einschränkung des Roggen-, Hafer- und Futterertrags um rund 1,5 Millionen Hektar ausgehen. Die frei werdende Fläche könne zu einer Million Hektar für die Erweiterung des Weizen- und Gerstenertrags verwendet werden. Der Plan müsse zur Verfestigung der nationalwirtschaftlichen Futterbasis der Veredelungswirtschaft dienen. Er solle durch Förderung der Viehwirtschaft einen wirksamen Anreiz für eine solche Umstellung in der Adermangung schaffen. Die Zukunftsaussichten für eine tierische Veredelungswirtschaft seien vorläufig noch wenig günstig. Der internationale Überfluß an Getreide und Futtermitteln begünne sich bald wieder in eine Überproduktion von tierischen Veredelungszeugnissen umzuwandeln. Daher sei die Regierung vor neue dringende Aufgaben zum Schutze der bäuerlichen Veredelungswirtschaft gestellt.

#### Zur Zoll- und Handelspolitik

Der Minister, die internationale landwirtschaftliche Überproduktion fordere gebietender die Drosselung unserer Einfuhr, um der eigenen Erzeugung auf dem heimischen Markt neue Absatzmöglichkeiten zu erschließen. Der Minister betonte, er habe nie ein Wort daraus gemacht, daß er die Synthese zwischen allgemeiner Handelspolitik und agrarischer Zollpolitik, wie sie in dem geltenden Handelsvertragsystem vorgenommen worden sei, für unglücklich halte und die allmähliche Abkehr von dieser Politik für

von der Verordnung eingenommene Haltung und das in Genf erreichte Ergebnis die einstimmige Billigung des Reichstages bezeugen. Er sprach dem Reichsminister des Auswärtigen den aufrichtigsten Dank des Reichstages für die erfolgreiche Vertretung der deutschen Interessen aus.

## Was Polen Systemwechsel nennt.

Offene Nichtachtung der Ratsentscheidung.

Die „Polsta Jchodnia“, des Blatt des Boitwoder Gracynski, nimmt zu der Entscheidung des Völkerverbundes Stellung. Die Ausführungen des Blattes zeigen mit aller Deutlichkeit, wie man sich in national-polnischen Kreisen die Änderung des in Genf verurteilten Systems denkt. In dem Artikel heißt es u. a., die Genfer Entscheidung habe in Kreisen des deutschen Völkerverbundes das „Gefühl der Widerpenflichkeit“ verstärkt, denn es liege im Plan der Reichsregierung, daß sich jede Völkerverbundstagnation mit aktuellen Klagen aus Oberschlesien beschäftige. Vor der Amtszeit Gracynskis habe der Deutsche Völkerverbund Triumphe gefeiert, und das Polentum habe den Gnadenstoß erwartet.

Das Polentum in Schlesien könne daher im Kampf gegen die revisionistischen Absichten Deutschlands solche aktiven Persönlichkeiten wie Gracynski und ebenso die Tätigkeit des Westmarkenvereins nicht entbehren. Jede Form der patriotischen Arbeit solle daher weiter wohlwollend gefördert werden. In dem Artikel wird dann zum Ausdruck gebracht, daß sich der Deutsche Völkerverbund nicht etwa der Hoffnung hingeben solle, durch den Völkerverbundrat eine Änderung des Systems erreichen zu können, da er sonst sehr enttäuscht sein werde.

## Zaleski über seine Genfer Eindrücke.

Der polnische Außenminister Zaleski, der nach zweitägigem Aufenthalt in Paris nach Warschau abgereist ist, gab in einem Pariser Blatt eine Erklärung über sein Genfer Eindrücke. Er sei von der Wendung außerordentlich befriedigt, die der deutsch-polnische Streit in Genf genommen habe. Man habe den Streit dem Rat unterbreitet und es sei ein Kompromiß zustandgekommen, wie es bei einem Schiedsverfahren natürlich sei. Es sei eine Lösung gewesen, die eine Entspannung in den deutsch-polnischen Beziehungen ermöglicht. Dieses Ziel sei erreicht, worüber er sich aufrichtig freue.

unerlässlich erachte. Andererseits halte er es wegen der Wirtschaftskrise für geboten, nur mit Vorbedacht an die Reform der bestehenden Handelsverträge heranzugehen.

Das Wort des Reichslanzlers von der notwendigen Angleichung der Industrie- und Agrarpreise entspreche auch durchaus seinen Auffassungen. Der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher müsse im Interesse beider dringender rationalisiert werden. In einer Zeit so unerhörter sozialer und nationaler Not seien landwirtschaftliche und Ernährungspolitik weniger denn je voneinander zu trennen. Eine klare Entscheidung über die Fortführung und den Ausbau der eingeleiteten landwirtschaftlichen Maßnahmen sei gegenwärtig besonders vorzuziehen. Es gelte, der Landwirtschaft den beachtlichen Kurs der Agrarpolitik klar zu zeigen, damit sie an die Erreichung der im Reichsbestellungsplan aufgestellten Produktionsziele, bereits bei dieser Frühjahrseinstellung mit neuem Unternehmungsmut herangehen könne. Seit Jahren bemühe er sich, Verständnis für die enge Verflochtenheit von Landwirtschaft und übriger Wirtschaft zu wecken.

Audauernde Agrarkrise bedeute weitere Entvölkerung des Landes des Ostens, heisse Anwachsen der Arbeitslosigkeit und des Massenelends in den Großstädten. Heute mehr denn je sei die Agrarpolitik dazu berufen, den Grundstein für eine Volkswirtschaft zu legen, die dem Bauern Gerechtigkeit und dem Volk Arbeit und Brot gewähre.

## Die deutschen Landkreise beim Reichsfinanzminister.

Der Reichsfinanzminister empfing Vertreter der deutschen Landkreise aus allen Teilen Deutschlands unter Führung des Präsidenten Dr. von Stempel. Die Abordnung wies darauf hin, daß die Zahl der Wohlfahrtsvereine in den Landkreisen in erschreckendem Maße — im letzten Halbjahr um 67 Prozent — steige und die Kreisfinanzen in bedrohlichem Maße gefährde. Die Landkreise seien gern bereit, an der zweckmäßigen Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung mitzuwirken. Als zum Inkrafttreten dieses Reformgesetzes müßten jedoch die Schwierigkeiten durch Sonderzuweisungen überbrückt werden. Die Landkreise, die 70 Prozent der Fürsorgekosten tragen, seien in Zukunft nur dann in der Lage, ihre Ausgaben aus der Fürsorgegesetzverordnung richtig zu erfüllen, wenn den Ausgaben eine entsprechende Einnahme gegenüberstehe. Können das nicht bewirkt werden, so könnten die Landkreise ihren Fürsorgeaufgaben nicht mehr gerecht werden. Der Reichsfinanzminister sagte in jeder Hinsicht wohlwollende Prägnanz zu.

## Abbau der Spitzengehälter der Reichsbahn.

Für jährlich 43 Millionen Tarifsenkungen. Der Verwaltungsrat der Reichsbahn beschloß außer der durch die Verordnung veranlassenen Kürzung der Beamtengehälter um 6 Prozent, die nichtpensionfähigen Bezüge der leitenden Reichsbahnbeamten ab 1. Februar um 20 Prozent zu kürzen. Für den Generaldirektor und die Mitglieder des Vorstandes beträgt die Kürzung der gesamten Bezüge ab 1. Januar 20 Prozent.

Der Verwaltungsrat billigte ferner die im Interesse der Preisentfaltung seit Ende November v. J. vorgenommenen

Frachtsenkungen und Senkungen von Tarifen. Es handelt sich bekanntlich um die fünfprozentige Herabsetzung der Preise für Monatsfahrten usw. Frachtermäßigungen für den Transport von Kohle nach dem Ausland und dem Nord- und Ostseegebiet, Frachtermäßigungen für Karosellabfahrten. Weiterhin Frachtermäßigungen bis 20 Prozent verschieden je nach Ladestellen u. a. für Getreide, Mehl, Hülsenfrüchte, Käse, Obst und dergleichen. Frachtermäßigungen für Düngemittel um 5 bis 8 Prozent. Dazu Frachtermäßigungen für den Transport von Tieren im Zusammenhang mit der zum 1. Februar durchzuführenden Reform des Tierverkehrs. Das Ausmaß der Tarifsenkungen beträgt jährlich rund 43 Millionen Mark, ohne daß Aussicht besteht, daß dieser Ausfall durch eine Vermehrung des Verkehrs ausgeglichen würde.

Um auch den Wünschen der Reichsregierung nach Arbeitsbeschaffung Rechnung zu tragen, stimmte der Verwaltungsrat der Aufnahme eines Kredites zur weiteren Streckenerweiterung grundsätzlich zu. Dadurch sollen etwa 10 000 Arbeiter 1½ Jahre lang Beschäftigung finden.

## Die Immunität der Abgeordneten.

Geschäftsausschuß des Reichstages. Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages behandelte unter dem Vorsitz des Abgeordneten Schumann (Thüringen (Komm.) ein: Reihe von Anträgen, die die Aufhebung der Immunität einzelner Abgeordneter wegen Verletzung zum Ziele haben. Es sollten eigentlich Vorschläge zur Änderung der Geschäftsordnung behandelt werden, die Beratung darüber wurde jedoch vertagt, um den Fraktionen der Mitte und den Sozialdemokraten Gelegenheit zu geben, Schwierigkeiten untereinander auszuräumen. Es kam zu einer eingehenden Aussprache über die Immunität überhaupt. Der nationalsozialistische Abgeordnete Söhr verlangte, daß die Immunität nur bei eigenmächtigen Verbrechen und überhaupt nicht bei politischen Verletzungen aufgehoben werden solle. Der Abgeordnete Hellmann erwiderte, der Geschäftsordnungsausschuß habe seine Praxis in der Behandlung der Immunitätsaufhebung schon geändert. Abgeordneter